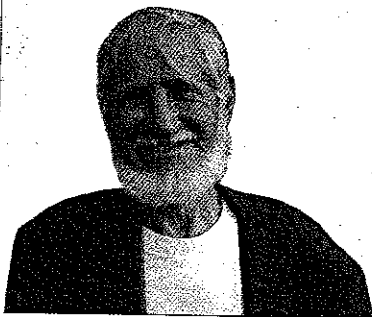


Auf Irrwegen

Tag für Tag ertrinken im Schnitt fünf **afrikanische Flüchtlinge** auf hoher See – beim Versuch, ihr Glück in Europa zu finden. Wer die Irrfahrt überlebt und nicht abgeschoben wird, hat wenig Chancen auf eine menschenwürdige Existenz. Durch diese Tragödie wird auch Potenzial verspielt: Viele der Flüchtlinge gehören zur Bildungselite ihres Heimatlandes.

Ausbilden statt abschieben

Weshalb Europa eine neue Entwicklungspolitik braucht



In jeder Ausgabe macht sich ein anderer Prominenter Gedanken zum Titelthema. Unser Gastautor ist diesmal der Journalist und Friedensaktivist **Rupert Naudek** (Jahrgang 1939).

Gastkommentar

»Es begann vor 30 Jahren mit einer Fernsehsendung und einem Schiff, der legendären *Cap Anamur*: Auf dem chinesischen Meer kämpften Tausende vietnamesische Flüchtlinge um ihr Leben. Meine Miststreiter und ich wussten, dass weder in Europa noch sonst irgendwo eine Regierung diese Flüchtlinge einfach so aufnehmen würde, bloß weil das Menschenrecht es gebietet. Rechtstitel verblissen ganz schön unter dem Aufprall von harter Realität.

Und doch konnten wir die deutsche Bevölkerung davon überzeugen, dass wir diese Flüchtlinge aufnehmen müssen: Im Juli 1979 warb ich im Fernsehen in der Sendung *Report Baden-Baden* um Spendengelder. Es gab ja erst zwei Fernsehprogramme; mit einer einzigen Sendung konnte man die Bevölkerung damals noch motivieren. Zwei Minuten lang redete ich wie um mein Leben. Ohne das Geld, das daraufhin zusammenkam, hätten wir den Frachter *Cap Anamur* nicht chartern und in wenigen Jahren mehr als 10.000 Flüchtlinge retten und nach Deutschland bringen können.

Heute spielt sich das Flüchtlingsdrama direkt vor den Küsten Europas ab. In Millionenzahl machen sich Menschen auf den Weg: Diese jungen Afrikaner sind weder Armuts- noch politische Flüchtlinge, auch flüchten sie noch nicht vor den Folgen des Klimawandels. Es sind die Besten der jungen Afrikaner, stark, kräftig, motiviert. Jeder Arbeitgeber würde sich die Finger ablecken, könnte er diese arbeitsfähigen jungen Leute auf seinem Hof, in seiner Fabrik haben. Doch es fehlt ihnen ein Titel, ein Status, unter dem wir besser für sie kämpfen können. Für die europäischen Regierungen sind sie »illegal«. Aber Seemotflüchtlinge müssen gerettet werden, das ist das Urgesetz der Europäer seit Hugo Grotius, einem Vordenker des Völkerrechts.

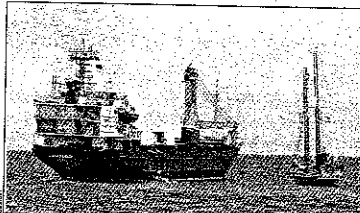
Wir brauchen also eine neue Entwicklungspolitik, um diesen jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, in ihrem Heimatland zu arbeiten und zu Wohlstand zu gelangen. Die politische Lösung heißt für

mich *Orderly Departure* – eine legale Ausreise auf Zeit, die zwischen Regierungen verabredet wird. In der EU macht man sich nicht einmal Gedanken, wie das funktionieren könnte. Nun, zum Beispiel so: Mit einigen afrikanischen Staaten würden Verabredungen über Kontingente junger Menschen getroffen, etwa 30.000 aus Ghana, die bei uns auf Zeit – zum Beispiel zwei Jahre – Verdienstmöglichkeiten und eine berufliche Fortbildung erhalten, bevor sie zurückgehen.

Diese ausgewählten Länder sollten diejenigen drei bis vier afrikanischen Staaten sein, mit denen die deutsche Politik schwerpunktmäßig zu tun hat. Denn man braucht dort eine verlässliche Regierung, die nicht an diesem Programm mitverdienen will: Mit den verfallenen Staaten Kamerun und Kenia würde es nicht funktionieren, dafür aber mit Ghana und Tansania, vielleicht auch mit Uganda und Mali.

In Deutschland würden wir für ein solches Projekt Migrations-Stewards brauchen: junge Menschen, die die Kulturen dieser jungen Afrikaner kennenlernen, sie hier mit ihren Sorgen und Nöten beraten, sie mit der deutschen Bevölkerung bekanntmachen. Doch die derzeitige Lösung der EU heißt *Refoulement*: Abschiebung. Deren Folgen sieht man in Mauretaniens Hafenstadt Nouadhibou: Dort werden die jungen Leute in einem kleinen Guantánamo kaserniert; irgendwo an der Grenze zwischen Mauretanien und dem Senegal schüttert man sie einfach in die Wüste. Garantiert tauchen sie wieder in Europa auf: Zurück können sie ja nicht! Sie könnten erst heimkehren, wenn man ihnen etwas gibt, mit dem sie zu Hause ihr Gesicht nicht verlieren – immerhin hat es ihr Dorf viel Geld gekostet, sie nach Europa zu schicken. Das Dorf will als Gegenwert etwas Handfestes sehen. Dieses Handfeste sollte kein Geschenk von uns sein, sondern eine Berufsausbildung und ein Mikrokredit, der zurückgezahlt werden muss – ganz so, wie es Friedensnobelpreisträger Mohammed Yunus erfolgreich in Bangladesch vormacht.

Redaktion: Sabrina Staks, Catrin Zander; Foto: BMW/Hans-Joachim M. Rickel



Cap Anamur heute: Im Juni 2004 nimmt das Nachfolgeschiff der »Cap Anamur« 37 schiffbrüchige afrikanische Flüchtlinge auf, die im Mittelmeer treiben. Erst nach einer dreiwöchigen Blockade lässt Italien das Schiff schließlich anlanden und beschlagnahmt es sofort; die Afrikaner werden ausnahmslos abgeschoben. Beschämend: Gegen den damaligen Cap-Anamur-Vorsitzenden Elias Bierdel und den Kapitän des Schiffes wird in Italien Anklage wegen der Beihilfe zur illegalen Einwanderung erhoben. Der Prozess zieht sich über Jahre hin und endet erst im Oktober 2009 mit einem Freispruch.

Zurück auf Null

Afrikanische Flüchtlinge, die es bis nach Europa schaffen, landen oft im **spanischen Katalonien**. Hier gibt es Arbeit auf den Feldern und auf Baustellen. *Halbstark* hat mit jungen Illegalen über ihre aktuelle Situation gesprochen.

»Der Senegal will mich doch gar nicht mehr zurück – meine Heimat braucht das Geld, das ich aus Europa schicke.«

Abdoulaye, 38, kam mit 15 Jahren aus dem Senegal nach Spanien und arbeitet im Strafen- und Hausbau. Seitdem die Immobilienblase geplatzt ist, sind Baustellen im ganzen Land verwaist. Zusammen mit seiner Frau würde er gerne in seine Heimat zurückkehren.

»Die Spanier machen uns Konkurrenz. Selbst zu zehnt können wir uns diesen schäbigen Schuppen kaum leisten.«

Bediako, 25, kommt aus Ghana und arbeitet als Erntehelfer. Er bewohnt eine kleine Hütte mit löchrigem Dach, die er sich mit neun anderen Illegalen teilt. Bediako berichtet von verstärkten Kontrollen durch die Polizei und einem immer härteren Kampf um Arbeitseinsätze: Zunehmend drängen auch arbeitslos gewordene Spanier auf die Felder.

»Ich gehe zu den Huren. Was soll ich hier denn sonst tun? Ich leide unter dem unerträglichen Stumpsinn.«

Albert, 27, bezahlte 1600 Dollar für eine gefährliche Überfahrt nach Spanien. Er studierte in seinem Heimatland Gambia ein Jahr lang Tourismus, in Katalonien arbeitet er nun als Erntehelfer. Mit dem wenigen Geld, das er verdient, darf er sich als Illegaler nicht mal eine Wohnung mieten. Er leidet darunter, dass die Spanier ihn so herablassend behandeln. Sein Wunschziel ist Deutschland: Der Transfer wird ihn 800 Euro kosten.

aufgezeichnet von Annika Müller